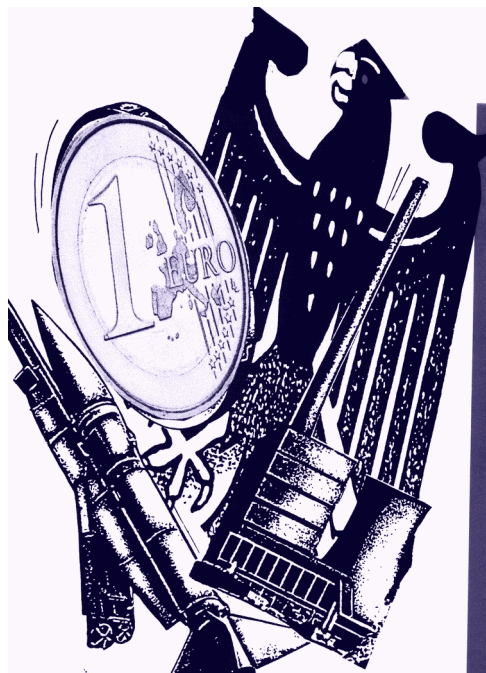




INFO 69 – 2016



Da ist die FAZ mal ehrlicher, als ihr lieb ist...

Welch passende Überschrift: **"Deutschlands militärisches Erwachen"**. Unüberlesbar, was sich in diesem Hirn dachte....

Inzwischen ist ihnen aufgefallen, dass das etwas zu kenntlich ist, und die Überschrift des Artikels selbst wurde entschärft. Nein, Revanchisten wie Merkel, von der Leyen, Gauck muss niemand zum Jagen tragen, bei ihnen ist die Marschrichtung fest verdrahtet.

Welch eine Schande für dieses Land, sich von Gestalten regieren zu lassen, deren innerer Kompass auf Schlieffen-Plan und Unternehmen Barbarossa orientiert ist. Und es zuzulassen, dass deutsche Truppen im Baltikum stationiert werden.

XX

NEU:

'Freies Landvolk'

Zeitung der Revolutionären Landvolk-Bewegung (Nr. 1/1978 - 7/1980)

Zeitung für die freie Landvolkbewegung (Nr. 8/1980 - 17/1983)

Zeitung der Arbeitsgemeinschaft Freies Landvolk (Nr. 18/1983 - 23/1984)

Materialien zur Analyse von Opposition

http://www.mao-projekt.de/BRD/ORG/GRM/RLB_Freies_Landvolk.shtml

Liebe Leser

Der Kampf vieler Menschen gegen die sogenannte Nachrüstung in unserem Lande ist voll entbrannt. Millionen von Mitbürgern befinden sich in den letzten Wochen auf der Straße. Auch unter uns Bauern hat sich eine Initiative „Bauern gegen die Nachrüstung“ gebildet. Umfragen haben ergeben, daß über 68 Prozent der Bevölkerung die Stationierung von neuen Atomraketen ablehnt. Doch der Bundesregierung scheint dies nicht zu kümmern.

Dank einer Broschüre des Bundesverbandes für den Selbstschutz können wir Bauern eigentlich aufatmen, denn laut dem „Selbstschutz in der Landwirtschaft“ scheint ein möglicher Atomkrieg doch recht harmlos zu sein. Wir können in diesem Heftchen lesen, was Tiere und Pflanzen bei einem Atomkrieg erwartet und was dann für uns Bauern zu tun bleibt.

Was Pflanzen anbelangt, so können wir alle froh sein, denn „eine Verstrahlung der Pflanzen in der Phase der Samenruhe hat keinen Einfluß auf das Ertragsniveau“. Der Hungertod, wie er ja heute viele Millionen Menschen bedroht, wäre also nach einem nuklearen Inferno für den übrigelebenden Teil der Menschheit kaum mehr eine Gefahr.

Raucher können besonders zuversichtlich in die strahlende Zukunft blicken, denn „Tabak ist relativ strahlenresistent“. Auch die deutsche Eiche soll

Impressum:

Freies Landvolk wird herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft Freies Landvolk und erscheint im Verlag Gerd Coldewey, Seefeldler-Außendeich 26, 2883 Stadland 3, Telefon: 04734 / 577. Die Redaktion ist über die Verlagsanschrift zu erreichen, verantwortlicher Redakteur ist Hermann Blüdem. „Freies Landvolk“ kostet im Einzelpreis 1,50 DM, im Jahresabonnement 12 DM einschl. Porto. Das Jahresabonnement verlängert sich jeweils um ein Jahr, falls es nicht drei Monate vor dem Ablauf beim Verlag schriftlich gekündigt wird. Bestellungen an: Gerd Coldewey, Seefeldler-Außendeich 26, 2883 Stadland 3. Zahlungen auf das Postscheckkonto Hannover 98066 - 304 oder bei kleineren Beträgen in Form von Briefmarken an den Verlag.

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 3. Der Gerichtsstand ist Nordenham.

bandes fehlt am Platze, wenn nur alles gut geprüft, kontrolliert und notfalls „abgeköchelt“ wird. Bei verstrahltem Vieh empfiehlt der „Selbstschutz“ das Entfernen radioaktiver Partikel von der Haut durch den Einsatz von Staubsaugern oder das Scheren der Wolle (bei Schafen). „Allerdings“, so wird immerhin gewarnt, „ist diese Methode wenig effektiv und nicht ungefährlich“.

Eines sollte allerdings auch mit berücksichtigt werden, nämlich, „daß das Fleisch von radioaktiv verschädigten Tieren schneller verdorbt und infolgedessen schneller der Verwendung zugeführt werden muß“.

Guten Appetit, kann man da nur sagen: Übrigens: Pökeln schützt vor Strahlen. Lassen wir uns doch alle ein pökeln. Eine derart schweige Masse wäre der Bundesregierung besonders recht. Wer sich nicht einpökeln und wer nicht um unserer Zukunft willen schweigen will, der sollte seinen aktiven Beitrag gegen die Atomraketen in den nächsten Wochen leisten. In einem atomverseuchten Land dürfte es mit Sicherheit auch keine bäuerliche Landwirtschaft mehr geben.



Program der Arbeitsgemeinschaft Freies Landvolk angesichts der bauernfeindlichen Pläne in Bonn und Brüssel aktueller denn je. Die oppositionellen Vorstellungen gegenüber der jetzigen Agrarpolitik müssen breiter bekannt gemacht werden. Bestellt unser Programm und legt nach Möglichkeit einen kleinen Unkostenbeitrag bei.

Bestellschein

Einsenden an:

Gerd Coldewey
Seefeldler-Außendeich 26
2883 Stadland 3

- ☐ Ich bestelle hiermit die Zeitung „Freies Landvolk“.

Die Zeitung erscheint jährlich mit sechs Ausgaben und kostet im Jahresabonnement einschl. Porto 12 DM, die auf das Postscheckkonto Hannover 98066-304 überwiesen werden. Das Jahresabonnement verlängert sich jeweils um ein Jahr, falls es nicht drei Monate vor Ablauf schriftlich gekündigt wird. Von dieser Bestellung kann innerhalb von zehn Tagen zurückgetreten werden.

- Datum: _____ Unterschrift: _____
☐ Ich bestelle hiermit ein Förderabonnement der Zeitung „Freies Landvolk“ zu einem jährlichen Preis von DM.

Den beabsichtigten Förderpreis bitte selbst eintragen. Ansonsten wird an die obestehenden Bezugsbedingungen verwiesen.

- Datum: _____ Unterschrift: _____
☐ Ich möchte frühere Ausgaben vom „Freien Landvolk“ kostenlos zur Probe zugesandt bekommen.

- ☐ Ich möchte Mitglied der „Arbeitsgemeinschaft Freies Landvolk“ werden und bitte um die Übersendung von Programm und Satzung.
Mitgliedsbeitrag beträgt 24 DM im Jahr, in der Ausbildung befindliche Mitglieder zahlen die Hälfte. Im Mitgliedsbeitrag enthalten ist der Bezug der Zeitung „Freies Landvolk“, sowie Mitgliederrundbriefe.

Bitte Zusendungen an folgende Anschrift:

Name: _____
Vorname: _____
Ort/Strasse: _____
Postleitzahl/Ort: _____
evtl. Telefon: _____

Freies Landvolk

T7271F

Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft Freies Landvolk

Nr. 22, November 1983

6. Jahrgang

Einzelpreis 1,50 DM

Bergbauernhilfe auszahlen!

Angesichts der dramatischen Zuspitzung der Lage der klein- und mittelbäuerlichen Landwirtschaft, insbesondere in den benachteiligten Gebieten, fragen wir die Bundesregierung, warum sie nicht mindestens die Gelder auszahlt, die im Rahmen der EG seit 1975 für die Förderung der Landwirtschaft in den benachteiligten Gebieten beschlossen wurden. Für 30 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche besteht diese Berechtigung, zur Zeit werden aber nur 10 Prozent in die Auszahlung einbezogen, die nur ein Drittel des möglichen Höchstbetrages bekommen. So sieht die Wahrheit eines Kiechle aus, der angeblich die bäuerliche Landwirtschaft schützen will!



Die Bergbauernhilfe muß in voller Höhe und im vollen Umfang ausbezahlt werden!

Stellungnahmen von bäuerlichen Gruppen zum einigen Handeln

Seite 4 - 7

Aus dem Inhalt:

Quotenregel und gestaffelter Milchpreis ..	2	Hirsch-Jagdverbot	3
„Bauern gegen die Nachrüstung“	3	Unruhe unter Nordenham's Bauern	7
		Kommentar	8

Weg mit den Milchquoten — für den gestaffelten Milchpreis!

In den letzten Wochen und Monaten waren die Agrarpolitiker emsig damit beschäftigt, einen Reformvorschlag nach dem anderen für die Beseitigung der Überschüsse auf dem Milchmarkt aus der Westentasche zu ziehen. Gemeinsam allen diesen Reformvorschlägen ist: Die kleineren und mittleren Milchherzeuger sollen die Zeche der agrarpolitischen Unvernunft in der EG bezahlen. Bereits in der letzten Ausgabe haben wir uns mit den Vorstellungen auseinandergesetzt.

Diskussionsstand ist folgender: Die EG-Kommission möchte nationale Milchquoten schaffen, deren Grundlage die Anlieferung von 1981 sein soll. Die nationalen Kontingente sollen auf die einzelnen Milchereien aufgeteilt werden, die ihrerseits den Lieferanten ihre Quoten zu teilen. Die Vorstände der Milchereien sollen über die Verteilung frei werdender Quoten entscheiden, (da wird der Veterinärwirtschaft Tür und Tor geöffnet). Ausnahmen sieht die EG-Kommission nur für Neuanfänger vor, deren Quoten sollen auf der Grundlage ihrer ersten Jahreslieferung festgelegt werden. Das bedeutet, Neuanfänger müssen sofort mit der Milchlieferung klönen, um hohe Quoten zu bekommen. Eine hohe Quoten zu bekommen, ohne hohe Verschuldung dürfte für die Betriebe die Folge sein. Milchbrauch ist mit dieser Regelung auch möglich, wenn der Betrieb zum Beispiel auf den Namen der Ehefrau überschrieben wird. Dann gilt dieser Betrieb als Neuanfänger und kann ungehindert seine Milchmengen liefern.



Auch bei der Überschreitung der Quoten werden diese Betriebe ungünstig härter getroffen, als die hochmodernen Boxenlaufställe.

Landwirtschaftsminister Kiehl und auch das Präsidium des DBV sind im Grunde genommen mit der Quotenregelung einverstanden, doch möchten sie mehr Ausnahmeregelungen. Ihre Hauptorgie gilt den Betrieben, die erst nach 1981 im Rahmen des einzelbetrieblichen Förderungsprogramms ihre Milchmengen hochgeschraubt haben. Ihre Argumente: Diese Betriebe müßten einen Vertrauensschutz bekommen, denn im Vertrauen auf Fortschreibung der EG-Politik hätten sie die Investitionen in den Milchbetrieben getätigt. Wir meinen, auf der anderen Seite müßte es dann auch einen Mißtrauensschuß geben, denn viele Betriebskollegen haben aus Mißtrauen gegenüber der Milchmarktpolitik keine Investitionen getätigt, weil ihnen das Risiko zu hoch erschien.

Den Befürwortern der Quotenregelung geht es nicht um den Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft, sondern um die Förderung und Absicherung von 2

Großbetrieben. Obwohl die Betreiber von Milchkuhställen im Rahmen des einzelbetrieblichen Förderungsprogramms zwangsweise zu den hauptsächlich Milchüberschußproduzenten geworden sind, werden sie von der Quotenregelung geschützt. Andere Betriebe, ungefordert, haben nur nach und nach ihren Bestand aufgestockt, um ihr Einkommen zu sichern. Sie werden jetzt zur Kasse gebeten, obwohl sie die geringste Schuld an der Überproduktion haben.

Ein weiteres Indiz, daß es den Agrarpolitikern um die Liquidierung der kleinen und mittleren Betriebe geht, ist die Neuauflage des einzelbetrieblichen Förderungsprogramms. Gefördert werden sollen im Milchbereich nur noch Investitionen, die sich nicht ausweitend auf die Produktion auswirken. Mit anderen Worten, nur Bauern mit einer großen Kuhherde (50 Stück und aufwärts) können sich einen staatlich geförderten Boxenlaufstall bauen (denn nur in dieser Größenordnung lohnt sich der) und so ihre Grundko-

sten pro Liter Milch kaufen. Den kleineren Betrieben wird nur eine weitere Abschlichtaktion angeboten, um lästige Konkurrenten vom Markt verschwinden zu lassen.

Mit der Quotenregelung werden ernsthaft keine Überschüsse abgebaut, sondern die Milchproduktion wird nur neu geordnet. Der Anteil der Großbetriebe wird erhöht, der Anteil der kleineren und mittleren Kuhhalter soll spürbar gesenkt werden. Darum müssen wir diese „Reform“ des Milchmarktes scharfstens ablehnen.

Unsere Arbeitsgemeinschaft spricht sich für eine Reform des Milchmarktes aus, um die Überschüsse, die eine sinnlose Vergeudung von Energie jeder Art darstellen, abzubauen. Dies soll aber nicht auf Kosten der bäuerlichen Landwirtschaft geschehen, im Gegenteil, der besondere Schutz sollte ihr Zuteil werden. Aus diesem Grunde sprechen wir uns für den gestaffelten Milchpreis aus.

Voraussetzung für den gestaffelten Milchpreis ist, daß die EG den Bauern Garantiepreise zubilligt, die in den ersten Staffeln spürbar ansteigen müssen. Ein Bauer, der 20 Milchkuhe und eine Jahresanlieferung von 100000 kg hat, sollte über den gestaffelten Preis ein angemessenes Einkommen erreichen, das vergleichbar ist mit dem gewerblichen Lohn. Eine Produktion über die 100000 Liter Milch hinaus darf sich nicht mehr lohnen.

Mögliches Modell des gestaffelten Milchpreises

1. Staffel	bis 30000 kg
2. Staffel	von 30000 kg bis 60000 kg
3. Staffel	von 60000 kg bis 80000 kg
4. Staffel	von 80000 kg bis 100000 kg
5. Staffel	über 100000 kg

Garantiepreis ca. 90 Pf/g

Garantiepreis ca. 70 Pf/g

Garantiepreis ca. 50 Pf/g

Garantiepreis ca. 30 Pf/g bei Mehrbedarf an Milch erhöhter Spermis unter 20 Pf/g

Ein Milchherzeuger mit einer Jahresanlieferung von 100000 kg Milch kommt so auf einen durchschnittlichen Grundpreis von 64 Pfennig. Bei diesem möglichen Modell des gestaffelten Milchpreises geht es um die Erklärung des Prinzips, nicht aber um eine Festlegung der Garantiepreise in den einzelnen Staffeln.

Rotwild für die Prominenz

Niedersachsens Landwirtschaftsminister Gerhard Glap ist immer wieder für eine Übersetzung gut. Per Schnellbrief hatte der Minister kürzlich den Forstbeamten die Jagd auf besonders hochwertiges Rotwild untersagt. Sie sollen denjenigen überlassen werden, die sich angeblich um Niedersachsen besonders verdient gemacht haben. Der Landesverband Niedersachsen des Bundes Deutscher Forstmänner hat in einem Brief an Glap diesen Bescheid scharf kritisiert, er stelle eine kollektive Disziplinierung der Forstbeamten dar und sei untraglich.

Wir dürfen schon auf das Winterhalbjahr gespannt sein. Wer dann durch die Wälder Niedersachsen auf der Jagd nach Rotwild bricht, um den dürfte es sich in der Regel dann um einen handeln, der sich dieses Bundesland verdient gemacht hat. Schauen wir uns die Liste der Persönlichkeiten an, die im letzten Jahr die Jagd auf Rotwild in Niedersachsen waren, dann steht neben den Spitzenvertretern der Politik und der Industrie (auch solcher, die ihre Geschäfte nicht in Niedersachsen tätigen) besonders



Er kann sich kaputte Böcke leisten, der ein Verdienter hervor, der besonders oft in den Wäldern auf Rotwildjagd war. Nicht zuletzt mit dem Hirsch-Jagdverbot hat sich offensichtlich Gerhard Glap selbst besonders um Niedersachsen verdient gemacht.

Parole an Scheune erzeugt „Unlust“

(Lüneburg) Die meterhoch mit weißer Farbe an zwei Scheunewänden angebrachte Parole „Gorleben soll leben — denkt an eure Kinder“ ist eine „Unlust-erregende Veranstaltung“ des Bauwerks und seiner Umgebung und muß daher entfernt werden. Dieser Rechtsauffassung des Landkreises Lüneburg schloß sich jetzt auch die Zweite Kammer Lüneburg des Verwaltungsgerichts Stade an und verurteilte eine Hofbesitzerin im Betzendorf (Kreis Lüneburg). Diese hatte sich in ihrem Grundrecht auf freie Meinungsäußerung verletzt gefühlt und will nun in der Berufung gehen.

Die mit einem Baum und zwei Sonnenuhren verzierte und inzwischen verfallene Parole war den Teilnehmern der Deutschlandswanderung von Bundespräsident Karl Carstens vor dreizehn Jahren ins Auge gefallen. Oberkreisdirektor Klaus Harries schrieb der Bauerin daraufhin einen freundlichen Brief mit der „herzlichen Bitte“ um Beseitigung der Schrift. Als dieser nicht fruchtete, wurde seine

Rechtsanwältin deutlicher: „Der Eigentümer hat es im Rahmen der Sozialbindung des Eigentums hinzunehmen, daß ein Bauwerk andere nicht stört. Zu solchen Störungen gehört aber auch eine Unlust erregende Veranstaltung.“

Das Verwaltungsgericht sprach in seiner zunächst nur mündlichen Begründung von einer „reinen Einzelhaupteinstellung“, die möglicherweise im Raum Gorleben anders ausgefallen wäre. In Betzendorf sei ein unmittelbarer räumlicher Zusammenhang mit den Atomanlagen in Gorleben nicht mehr gegeben. Auf den Inhalt der Parole sei es in diesem Fall jedoch auch nicht angekommen, sagte ein Sprecher der Kammer. An dieser Stelle des Dorfes sei jeglicher Spruch an der Scheunwand als verunstaltend zu werten gewesen. Die Klägerin meinte allerdings: „Wenn da gestanden hätte: „Hoch lebe Karl Carstens“, dann hätte wohl niemand etwas gesagt.“ (Aktenzeichen: 2 VG A 5/82.)

Fremdkapitaleinsatz erneut gestiegen

Die Land- und Forstwirtschaft stand im Frühjahr dieses Jahres bei Banken und Sparkassen im Bundesgebiet mit 37,07 Milliarden DM in der Kreide. Das waren fast 1,9 Milliarden DM mehr als im Frühjahr 1982. Damit ist jeder Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche mit über 2850 Mark verschuldet.

Agrarfabrik für 270000 Hühner

Der Bau großer gewerblicher Betriebe für die Agrarproduktion geht trotz der jüngsten Beschlüssen der Politiker gegen solche Einrichtungen unvermindert weiter. Im westfälischen Brochterbeck im Kreis Steinfurt wurde jetzt die Baugenehmigung für Geflügelställe der Firma „Taufreisch“ erteilt, in denen 270000 Tiere gehalten werden können.

Der „heilige Herbst“, der Kampf gegen die Stationierung von neuen Atomraketen in unserem Lande ist in vollem Gange. Nun hat sich auch eine Initiative unter den Bauern gegen die sogenannte Nachrüstung gebildet. Über 150 Bauern und Tätige im landwirtschaftlichen Bereich gehören zu den Erstunterzeichnern des Aufrufs dieser Initiative, den wir im folgenden abdrucken und inhaltlich unterstützen:

Initiative „Baum gegen die Nachrüstung“

Als Bauern, Bäuerinnen und andere, die beruflich mit der Landwirtschaft und Ernährung der Bevölkerung zu tun haben, wehren wir uns gegen die geplante Stationierung von Mittelstreckenraketen auf dem Boden der Bundesrepublik. Wir befürchten, daß diese „Nachrüstung“ die atomare Kriegsfahr in Europa nicht verringert, sondern erhöht.

Wir haben die Aufgabe, die Menschen mit Lebensmitteln zu versorgen. Wir wissen, wie krisenanfällig unsere Ernährungsgrundlagen sind. Deshalb sehen wir im Krisen- und Kriegsfall das Leben nicht nur durch die Waffenarsenale in Ost und West bedroht, sondern auch durch den Lebensmittelmangel. Schon aus diesem Grund halten wir alle Überlegungen, einen Krieg — auch einen begrenzten Atomkrieg — zu führen, für tragisch.

Die Auswirkungen beim Einsatz von Atomwaffen auf unsere Ernährung werden katastrophal sein. Durch den radioaktiven Niederschlag und die Verseuchung des Grundwassers, der Böden und der Luft wird eine landwirtschaftliche Nutzung des größten Teils unseres Landes sofort und für lange Zeit unmöglich.

Unsere Landwirtschaft kann nur deshalb so viel produzieren, weil wir uns hochgradig von internationalen Rohstofflieferungen (Erdöl, Phosphat, Futtermittel) abhängig gemacht haben. Beim Ausbleiben dieser Rohstoffe und Agrarimporte droht uns aber unweigerlich eine Hungerkatastrophe. Eine Umstellung unserer rationalisierten Landwirtschaft auf wieder unabhängige Produktionsverfahren würde viele Jahre dauern.

Die Bundesregierung bemüht sich zu Zeit, über die Landwirtschaftsminister eine „Ernährungssicherung“ für Krisenzeiten (früher Zwangsbewirtschaftung) zu organisieren. Eine kürzlich verabschiedete „Landwirtschaftliche Veranlagungsverordnung“ stellt sicher, daß künftig kein einziges Schwein, Huhn oder Getreideack mehr durch die Zählmaschinen der Bürokratie schlüpfen kann.

Wir Bauern müssen vor der gefährlichen Illusion solcher Planungen warnen, wonach sich die Bundesrepublik in Notzeiten angeblich selbst ernähren kann. Diese Illusion trägt dazu bei, einen Krieg eher zu akzeptieren und erhöht damit die Kriegsgefahr.

Wir sind empört darüber, wie unsere Arbeit mißbraucht wird und wie wir als Bauern ungefragt dem NATO-Konzept der sog. „Friedenssicherung durch Abschreckung“ Glaubwürdigkeit verliehen sollen.

Deshalb rufen wir alle Bauern und Bäuerinnen dazu auf, sich gegen eine Erhöhung der Kriegsgefahr durch Nachrüstung zur Wehr zu setzen, sowie sich vom Ein- und Verplanen ihrer Arbeit für Kriegzeiten zu distanzieren.

Verantwortlich zeichnen für die Initiative: Martin Schnatterback, Ruckardshausen, 7110 Ohrenigen 2, Klaus Köppler, Eschelbach, 7113 Neuenstein.

RT

DER FEHLENDE PART: Endgame an der Ostfront [S2 – E86]

https://www.youtube.com/watch?v=tdT_tysXBUs

öffentliche Kriegsvorbereitung Westen - Russland

http://www.focus.de/politik/ausland/der-grosse-militaer-vergleich-panzer-flugzeuge-schiffe-so-stark-ist-die-schlagkraft-der-eu-armeen_id 5707828.html

Der große Militär-Vergleich Panzer, Flugzeuge, Schiffe - so groß ist die Schlagkraft der EU-Armeen

XX

Der Bericht über den Kriegsverbrecher Tony Blair ist nun rausgekommen. Man wundert sich nur: Wo sind seine damaligen Freunde, alle unters Sofa gekrochen? Angela Merkel war einer seiner Freundinnen. Denn hätte sie 2002 die Bundestagswahl gewonnen, hätte Deutschland sich am völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der USA und Großbritanniens gegen den Irak beteiligt. Es hätte vermutlich in Deutschland eine Untersuchungskommission wie in Großbritannien gegeben, die den Krieg untersucht und als falsch beurteilt hätte. Eines von vielen Beispielen, die zeigen, dass wir eine verantwortungslose Kanzlerin haben!

Irak-Kriegsfan Merkel

„Man hatte einen Punkt erreicht, an dem Krieg unvermeidbar geworden war. Bei einem Nichthandeln wäre der Schaden noch größer gewesen“

Angela Merkel, 26.03.2003 in der
ARD-Sendung "Gabi Bauer"

[illegible]

Leben

Wolfgang Gedeon wuchs in Cham in einem katholischen Umfeld auf und besuchte bis 1966 das dortige Gymnasium. Nach dem Abitur nahm er im gleichen Jahr ein Studium der Medizin an der Universität Würzburg auf und setzte es 1969 an der Universität München fort, wo er 1972 sein Staatsexamen machte und 1973 mit einer Arbeit über ein gynäkologisches Thema zum Dr. med. promoviert wurde. Im Anschluss arbeitete er kurzzeitig chirurgisch in Regensburg und später internistisch in Gelsenkirchen, wo er sich schließlich mit eigener Praxis als Arzt für Allgemeinmedizin niederließ. Die Praxis gab er 2005 auf und zog 2006 nach Rielasingen-Worblingen.

Nach eigenen Angaben löste er sich in seiner Studentenzeit von der katholischen Kirche, wendete sich marxistischen Schriften zu und wurde „praktizierender Kommunist“. In den 1970er Jahren war er Mitglied einer damaligen maoistischen Partei (KPD/ML).

Nach dem Tode Mao Zedongs will er sich schrittweise vom Kommunismus gelöst, über Jahrzehnte aber keine politische Heimat gefunden haben.

Im April 2013 trat er der AfD bei und wurde zum ersten Vorstandssprecher des Kreisverbands Konstanz gewählt. Bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg 2016 erhielt er auf Basis von 15,7 Prozent der Stimmen im Wahlkreis Singen ein Zweitmandat der AfD für den Landtag. Gedeon wird dem rechten Flügel der Partei zugeordnet.

(nach wikipedia)



Wolfgang Gedeon – Vom Maoisten zum Rechtsaußen in der AfD

Der Werdegang des Arztes Wolfgang Gedeon in Gelsenkirchen

Prominenteste Beispiele eines Konvertiten sind Winfried Kretschmann, ehemals Pol Pot Fan

des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW), heute behäbig christlich-konservativer Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg und Berthold Huber, ehemals Maoist des Kommunistischen Arbeiterbundes Deutschlands (KABD, Vorläufer der MLPD), dann erster Vorsitzender der IG Metall, stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender des Siemens-Konzerns sowie von Audi. Aufsichtsratsmitglied von Porsche und Aufsichtsratsvorsitzender der Volkswagen AG. Bundeskanzlerin Angela Merkel richtete für ihn zum 60. Geburtstag. Horst Mahler: einst RAF, Gruppe Rote Fahne und dann NPD.



Ebenso bekannt sind die Ex-K-Grüppler Trittin (KB), Bütikofer (KBW), Ulla Schmidt (KBW) und eine lange Liste mehr.

Der ideologische Wandel bei Wolfgang Gedeon

Es begann mit Esoterik, Wünschelruten, Pendeln.

Interview mit Antisemitismusforscher Benz zum Fall Gedeon "Originalton Drittes Reich"

<http://www.swr.de/landesschau-aktuell/bw/interview-mit-antisemitismusforscher-benz-zum-fall-gedeon-originalton-drittes-reich/-/id=1622/did=17660146/nid=1622/sz9bhw/>

Die Stellung zu Israel bedeutet eine „Rote Linie“: Sie zu überschreiten ist heute

unmöglich!

Die deutsche Bourgeoisie steht heutzutage bedingungslos hinter Israel und duldet keine Abweichung. Auch bei Pegida oder der AfD griff sie sofort ein wenn es dort zu Konflikten über Israel kommt. Beispiel: Gedon.



G. Wilders in Dresden: Schaut nach Israel - lernt von Israel

[illegible]

<http://www.palaestina-portal.eu/>



Wem hat GOTT das Land Kanaan versprochen? - 28. 8. 2015 - Abi Melzer - An der Spitze der zionistisch-jüdischen Argumente für die Berechtigung des jüdischen Volkes auf Palästina/Israel steht das Argument, dass „Gott“ dieses Land dem jüdischen Volk versprochen habe.

Man muss demnach an „Gott“ glauben, um das zu akzeptieren, und es spielt für die fanatischen Zionisten keine Rolle, dass der Zionismus eigentlich eine säkulare Bewegung war, dass Theodor Herzl, der Begründer der zionistischen Bewegung, von „Gott“ keine Ahnung hatte und von der Bibel und den jüdischen Gesetzen noch weniger. Es spielt auch keine Rolle, dass die meisten Israelis gar nicht religiös und erst Recht nicht orthodox sind, obwohl das Land von einer orthodox-religiösen Mafia regiert wird, die sich bei vielen Angelegenheiten des Alltags und ganz besonders beim Anspruch auf das Land, auf die Bibel und die Halacha beruft, und auf einen Gott, den bis heute noch kein Mensch gesehen hat. (...)

XX

http://www.focus.de/politik/ausland/bericht-enthueellt-britische-spezialagenten-versteckten-waffen-und-sprengstoff-in-der-ddr_id_5713113.html

Bericht enthüllt

Britische Spezialagenten versteckten Waffen und Sprengstoff in der DDR

Samstag, 09.07.2016

Der britische Geheimdienst führte bis zum Fall der Berliner Mauer Sabotagetrupps in der Bundesrepublik und in der DDR, um die Armeen des Warschauer Pakts bei einer Invasion im Partisanen-Krieg bekämpfen zu können.

Dies enthüllen nach einem Bericht des Nachrichtenmagazins FOCUS die Historiker Erich Schmidt-Eenboom und Ulrich Stoll in der aktualisierten Zweitaufgabe ihres Buchs „Die Partisanen der Nato“.

Die beiden Zeitgeschichtler werteten bei ihren Recherchen Akten des US-Geheimdienstes CIA und des Bundesnachrichtendienstes sowie neue Berichte von Zeitzeugen aus.

Telefonleitungen vermint

Für den Untergrund-Kampf gegen den Warschauer Pakt hatten die Briten 80 Tonnen Sprengstoff und schwere Waffen wie Panzerfäuste in der gesamten Bundesrepublik und sogar in Erddepots und Teichen auf dem Territorium der DDR versteckt, so FOCUS.

Die Sabotagetrupps bestanden aus Elite-Soldaten des Special Air Service (SAS), die während des Kalten Kriegs immer wieder in den Ostblock einsickerten und dort Manöver sowie den Transport von nuklearen SS-20-Raketen beobachteten und dokumentierten. Zudem verminten die SAS-Kommandos militärische Telefonleitungen, die im Krisenfall per Funk zerstört worden wären.

Taubstummenausweise, um Fragen zu entgehen

Die britischen Agenten im verdeckten DDR-Einsatz besaßen für den Fall von Kontakten mit der Zivilbevölkerung Taubstummen-Ausweise, um Fragen zu entgehen.

Waffen und Sprengstoff aus den Erddepots wurden erst 1994 von Soldaten in Zivilkleidung geräumt und mit unauffälligen Ford Transit abtransportiert.

XX

http://www.focus.de/politik/ausland/bericht-enthueellt-britische-spezialagenten-versteckten-waffen-und-sprengstoff-in-der-ddr_id_5713113.html

Im Video: Wirbel um Ri Yong Gil: Nordkoreas angeblich hingerichteter Ex-Armeechef lebt



Im Februar wurde Nordkoreas früherer Armeechef Ri Yong Gil angeblich wegen Korruption hingerichtet. Doch nach offiziellen Angaben ist er noch am Leben.

Sein Name steht auf offiziellen Listen nordkoreanischer Funktionäre, die am Dienstag von den Staatsmedien Nordkoreas veröffentlicht wurden. Das südkoreanische Vereinigungsministerium bestätigte, dass es sich um Ri handelt.

Er war für einige Monate von der Bildfläche verschwunden. Im Februar hatten südkoreanische Medien unter Berufung auf den südkoreanischen Geheimdienst berichtet, Machthaber Kim Jong Un habe Ri exekutieren lassen.

Irrtum südkoreanischer Spione?

Nun soll Ri zum Mitglied des Zentralkomitees, zum Kandidaten des Politbüros und zum Mitglied der Zentralen Militärkommission der Partei gewählt worden sein, [wie die Nachrichtenagentur AP meldet](#).

Vermutlich handelt es sich um einen Irrtum südkoreanischer Spione, die ohnehin Schwierigkeiten haben, Informationen aus einem der isoliertesten Länder der Welt zu beschaffen.

XX



Schande Amerika

<http://www.heute.de/rechte-gewalt-ai-staat-tut-zu-wenig-gegen-rassismus-43884486.html>

Amnesty: Staat erkennt Rassismus



Die Zahl der fremdenfeindlichen Angriffe auf Flüchtlinge wächst - stetig.

(28.02.2016)

Pöbeleien gegen Ausländer, brennende Asylunterkünfte, Angriffe auf Flüchtlinge - die rassistischen Motive hinter solchen Taten werden von den Behörden oft verkannt, mahnt Amnesty International und spricht von "institutionellem Rassismus".

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International wirft dem deutschen Staat vor, Opfer rechter Gewalt im Stich zu lassen. Die Zahl rassistischer Angriffe sei so hoch wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik, sagte die Generalsekretärin von Amnesty International in Deutschland, Selmin Caliskan.

Rassistische Ressentiments würden in erschreckender Hemmungslosigkeit ausgelebt, Asylunterkünfte nicht ausreichend gesichert, rassistische Taten oft nicht als solche erkannt. Sie klagte: "Der Staat ist nicht in der Lage, Menschen vernünftig vor rassistischen Angriffen zu schützen." Er vernachlässige so menschenrechtliche Verpflichtungen.

Rechtsmotivierte Straftaten erreichen Höchststand

Amnesty International legte in Berlin einen mehr als 80-seitigen Bericht zu dem Thema vor. Die Autoren werteten dazu unter anderem verschiedene Zahlen zu rechter Gewalt aus, sprachen mit Opfern rassistischer Übergriffe, Anwälten, Behördenmitarbeitern und Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen.

Die Zahl der rechtsmotivierten Straftaten hat laut Polizeistatistik einen neuen Höchststand erreicht: Im vergangenen Jahr waren es 22.960 solcher Delikte - fast 35 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Die Zahl der - überwiegend rechtsmotivierten - Übergriffe auf Asylunterkünfte verfünffachte sich im vergangenen Jahr: 2015 zählte die Polizei 1.031 solcher Fälle, 2014 waren es 199 gewesen. In den ersten vier Monaten des laufenden Jahres erfassten die Behörden nach vorläufigen Zahlen mehr als 4.600 rechtsmotivierte Straftaten. Und schon im ersten Quartal zählte die Polizei fast 350 Angriffe gegen Asylunterkünfte.

Institutioneller Rassismus in deutschen Behörden

Der Hauptautor des Amnesty-Berichts, Marco Perolini, sagte, der Anstieg von Hasskriminalität sei besorgniserregend. "Fast täglich kommt es zu rechten Übergriffen, werden Menschen beleidigt, bedroht, verletzt, wird eine Flüchtlingsunterkunft angegriffen."

Calsikan beklagte, es gebe deutliche Anzeichen für einen institutionellen Rassismus in deutschen Behörden. Das bedeute nicht, dass dort alle Mitarbeiter Rassisten seien. "Institutioneller Rassismus zeigt sich vor allen Dingen durch ganz unbewusste Vorurteile, Nichtwissen und Gedankenlosigkeit", betonte sie. "Leider wird oft das rassistische Motiv einer Tat verkannt." Die Behörden hätten aus dem Versagen im Fall der Terrorzelle NSU wenig gelernt.

Dem "Nationalsozialistischen Untergrund" (NSU) werden zwischen den Jahren 2000 und 2007 zehn Morde zur Last gelegt, an neun türkisch- und griechischstämmigen Männern und einer Polizistin. Die Sicherheitsbehörden waren der rechtsextremen Gruppe jahrelang nicht auf die Spur gekommen, sondern hatten lange Zeit im Umfeld der Opfer nach den Tätern gesucht. Die Terrorzelle flog erst Ende 2011 auf.

XX

<http://justicenow.de/rassismus-als-motor-des-kapitalismus/>

Unser globales Wirtschafts- und Finanzsystem beruht auf rassistischer Ausbeutung, die sich von der des Kolonialismus und der Sklaverei nicht wesentlich unterscheidet. Der Kapitalismus, wie wir ihn kennen, funktioniert nur mit einer Einteilung von Menschen in erste und zweite Klasse.

Die Krönung der Schöpfung

Bis in die 1960er Jahre hinein gab es in Europa [Menschenzoos](#). 1874 vom deutschen Tierhändler Carl Hagenbeck ins Leben gerufen, wurden die Völkerschauen zum kulturellen Dauerbrenner in den europäischen Großstädten. Araber, Neger, Eskimos wurden dem Weißen zur Schau gestellt. Zur Bespaßung der europäischen Mittelschicht. Der Wilde an der Grenze zur Tierwelt, der Weiße als Krönung der Schöpfung. Über die Jahrzehnte haben sich in den Zoos mehr als 400 Millionen

Europäer ihren rassistischen Trieben hingegen. Aus dem europäischen Kollektivgedächtnis wurde dieser Schandfleck der Misanthropie erfolgreich getilgt – passen alte Kamellen von Afrikanern, die neben Affen in Käfigen hausen, auch kaum zum pseudo-aufgeklärten, pseudo-humanistischen Mäntelchen, das wir uns nur allzu gerne umlegen.



Ein Mädchen aus Afrika in einem Menschenzoo, 1958 in Brüssel.

Unser globales Wirtschafts- und Finanzsystem beruht auf rassistischer Ausbeutung, die sich von der des Kolonialismus und der Sklaverei nicht wesentlich unterscheidet. Der Kapitalismus, wie wir ihn kennen, funktioniert nur mit einer Einteilung von Menschen in erste und zweite Klasse.

Unsere Welt ist in vielerlei Hinsicht eine zutiefst rassistische. In Deutschland ergehen sich Neonazis in [rechtem Terror](#), Politiker und Medien [diffamieren](#) pauschal ganze Bevölkerungsgruppen. Um diese offenen Formen des Rassismus soll es hier aber nicht gehen. Vielmehr um ihren subtileren und in seiner komplexen Gesamtheit um Längen destruktiveren Bruder.

So sehr wir uns auch als weltoffen und tolerant verstehen wollen, genauso sehr verschließen viele von uns ihre Augen vor dem globalen Rassismus, der tagtäglich wütet, auf dem noch immer unsere Wirtschaftsordnung aufgebaut ist und auf den so viele Probleme dieser Welt zurückzuführen sind. Diese Dimension wird aus reinem Selbstschutz heraus vielfach ausgeblendet.

Die Krönung der Schöpfung

Bis in die 1960er Jahre hinein gab es in Europa [Menschenzoos](#). 1874 vom deutschen Tierhändler Carl Hagenbeck ins Leben gerufen, wurden die Völkerschauen zum kulturellen Dauerbrenner in den europäischen Großstädten. Araber, Neger, Eskimos wurden dem Weißen zur Schau gestellt. Zur Bespaßung der europäischen Mittelschicht. Der Wilde an der Grenze zur Tierwelt, der Weiße als Krönung der Schöpfung. Über die Jahrzehnte haben sich in den Zoos mehr als 400 Millionen Europäer ihren rassistischen Trieben hingegen. Aus dem europäischen Kollektivgedächtnis wurde dieser Schandfleck der Misanthropie erfolgreich getilgt – passen alte Kamellen von Afrikanern, die neben Affen in Käfigen hausen, auch kaum zum pseudo-aufgeklärten, pseudo-humanistischen Mäntelchen, das wir uns nur allzu gerne umlegen.



Ein Mädchen aus Afrika in einem Menschenzoo, 1958 in Brüssel.

Blind für die eigene Geschichte tadelt der unbefleckte Europäer statt sich selber lieber transatlantisch. Das Weltverbrechen Sklaverei zu kritisieren, ist dann auch weit weniger schmerzhaft, als sich über die perversen Auswüchse der eigenen Geschichte ernsthafte Gedanken zu machen.

Damals gehörten die Menschenzoos zum nationalen Kulturgut der zentraleuropäischen Staaten und waren aus ihm ebenso wenig wegzudenken, wie die deutsche Pünktlichkeit, der französische Rotwein oder die Queen of England. Heutzutage wären solche Zoos natürlich undenkbar.

In den letzten 100 Jahren hat sich offensichtlich das Denken oder zumindest das allgemein anerkannte Narrativ fundamental verschoben. Das Grundkonstrukt unserer Weltordnung aber hat sich vom Kolonialismus hin zum Neoliberalismus unserer Zeit nicht geändert. Keineswegs. Auch wenn sich die Rhetorik vielerorts um 180° gedreht hat, an der Art und Weise, wie Weltwirtschaft funktioniert, wie Tresore immer voller und Reisschüsseln immer leerer werden, daran hat sich nichts Grundlegendes geändert.

Neokolonialismus wird zu Demokratieexport



© Pawel Kuczynski

Wir wissen alle, dass Shirts von XY auf dubiose Art und Weise irgendwo in Asien produziert werden oder dass es im Irakkrieg auch irgendwie um Öl geht. Aber wir blenden dabei systematisch die betroffenen Menschen aus. Es herrscht ein krasser Empathiemangel. Jean Ziegler meint das Gleiche und [sagt](#):

„Die afrikanischen Kinder sterben ja nicht auf dem Ku'damm oder den Champs Élysées.“

Solange es uns halbwegs gut geht, solidarisieren wir uns nicht aufrichtig mit den Geknechteten dieser Welt. Auch wollen wir uns nicht ernsthaft eingestehen, dass unser Wirtschaftssystem im Grunde noch immer auf dem lange überwunden geglaubten Kolonialismus vergangener Jahrhunderte gründet.

Früher wurden Afrikaner nach Amerika verschifft, heute werden – viel effizienter – die Arbeitsplätze selbst über den Globus verschoben. Früher sind wir im Namen der Zivilisation in fremde Länder eingeritten und haben Bodenschätze geraubt, heute reiten wir im Namen der Demokratie überall auf der Welt ein und rauben Bodenschätze. Wo ist der Unterschied? Ich kann ihn nicht erkennen.

Neoliberalismus, Imperialismus, Neokolonialismus, Finanzkapitalismus – unterschiedliche Bezeichnungen können nicht über die zu Grunde liegenden Macht- und [Verteilungsverhältnisse](#) hinwegtäuschen. Ebenso wenig über die Psychologie sämtlicher Akteure. Es ist eine des Einteilens von Menschen unter geographischen und ethnischen Gesichtspunkten und damit eine Psychologie des Rassismus.

Große Teile der Restwelt werden von den Industriestaaten wie in dunkelsten Kolonialzeiten noch immer als Rohstofflager und als bloße Quelle von Arbeitskraft angesehen. Unter dem Mäntelchen Demokratieexport schwafeln Politiker von Freiheit und einem diffusen westlichen Wertekanon, die mit aller Kraft verteidigt und verbreitet werden müssen. Auf dem schmalen Grat zur Schizophrenie schlagen diese Figuren Purzelbäume und machen uns dabei immer wieder Glauben, dass rohe Gewalt als Mittel zur Durchsetzung dieser diffusen Werte im Notfall legitim sei. Krieg als permanente Ausnahme.

Dass wir aber nicht für Freiheit und Demokratie – und noch viel weniger für die vielfach instrumentalisierten Brunnen und Mädchenschulen – in den Krieg ziehen, wird nur sehr selten kommuniziert. Und wenn dann ein deutscher Bundespräsident genau dies eben doch tut, und [offen zugibt](#), dass es vielmehr deutsche Wirtschaftsinteressen sind, die seine Bundeswehr am anderen Ende der Welt verteidigt, muss er Tage später aus Schloss Bellevue ausziehen.



Die bloße Tatsache, dass Krieg mittlerweile von vielen Menschen durchaus als Komplize der Wirtschaft erkannt wurde, er dem einen Teil der Bevölkerung aber als notwendig und alternativlos verkauft werden kann und er dem anderen Teil egal ist, entlarvt unser Denken. Empathiemangel als Ausdruck eines subtilen Rassismus.

Es sind eben nicht unsere Familien, die irgendwo mit Bomben übersät werden. Auf meinem städtischen Krankenhaus landen keine Granaten mit weißem Phosphor. Und es sind auch nicht die Landschaften in Mitteleuropa, die auf Jahrhunderttausende mit radioaktiver Uranmunition verseucht werden.

Wie kann uns bloß der Mord an Hunderttausenden immer wieder als notwendiges Übel verkauft werden?

500.000 tote Kinder – „Ich glaube, es ist den Preis wert.“

Wer die erbärmlichste Form der Gewalt – Krieg – als Werkzeug zur Ressourcenbeschaffung akzeptiert, spricht den Opfern dieses Krieges jegliche Menschenwürde ab. Die Frage nach dem höheren Wert von Menschenleben vs. Bodenschätze stellt sich dann auch nicht. Der Tod all dieser Menschen ist nun mal der Kollateralschaden unseres Wohlstands.

Die damalige US-Außenministerin Madeleine Albright antwortete vor laufender Kamera auf die Frage einer Journalistin, ob denn eine halbe Million getöteter irakischer Kinder, die in den 90er Jahren in unmittelbarer Folge des verbrecherischen Wirtschaftsembargos gegen den Irak gestorben sind, den Preis dieses Embargos wert seien:

„Ich glaube, es ist den Preis wert.“

Dieses Statement musst Du Dir auf der Zunge zergehen lassen und dechiffrieren, was es im Kern über unsere Wirtschaftsordnung aussagt. Eine Minimalausstattung an Humanismus genügt, dass sich die Frage aufdrängt: Wie kann denn auch nur *irgendetwas* auf der Welt den Preis von einer halben Million toter Kinder wert sein? Wer aber in dieser imperialistischen Denke gefangen und wie Ms. Albright zutiefst rassistisch ist, folgt einfach streng der rassistischen Grundlogik – es sind eben nur *irakische* Kinder. Unsere Wirtschaftsinteressen sind es wert, 500 Tausend von ihnen zu opfern.

Im Kongo tobt ein blutiger Krieg, über 6 Millionen Menschen sind seit 1996 in dieser menschlichen Tragödie gestorben. Der „Afrikanische Weltkrieg“ ist damit der an Menschenleben verlustreichste Krieg seit dem Zweiten Weltkrieg, und dennoch könnte er im Westen medial kaum abwesender sein. Ein Krieg in Afrika eben.

Jesus 2.0

Die Apologeten unserer Wirtschaftsordnung beschwichtigen, all dies beruhe auf allgemeinen Marktmechanismen, der freie Markt werde nach einer gewissen Übergangszeit alles zum Guten wenden, Ungerechtigkeiten beseitigen und den Reichtum dieser Welt gerecht verteilen. Bald setzt der lang erwartete *trickle-down-Effekt* ein, der Wohlstand der Reichen wird irgendwann von ganz allein zum Bodensatz der Menschheit durchsickern. Menschen aus Fleisch und Blut sind weder dazu in der Lage, noch dazu berechtigt, in diese Prozesse aus Angebot und Nachfrage regulierend einzugreifen. Die *unsichtbare Hand* des freien Marktes ist der einzig legitime Player in diesem Spiel.

Damit wird Verantwortung outgesourced. Nicht mehr an Gott, sondern an eine neue ominöse Entität

mit Namen freier Markt.

Wir nehmen diese auf blanken Rassismus gründende [kannibalische Weltordnung](#) einfach hin. Wir schlucken die Erklärungen, diese Weltordnung sei ein unbedingt erhaltenswertes, weil alternativloses Gut. Denn der Zufall der Geburt hat uns zu den Profiteuren dieser Weltordnung gemacht. Unser Lebensstil gilt als zu wertvoll, um sich ernsthaft mit all diesen Problemen auseinanderzusetzen. Wir wollen all den Abschaum nicht sehen. Elend und Verzweiflung interessieren nicht, sie trüben nur die Stimmung.

Sklavenhandel und Kolonialismus damals, Krieg gegen den Terror und Neoliberalismus heute – das ist alles dieselbe stinkende rassistische Brühe aus Größenwahn und Über-Untermenschen-Denke. Unsere Rhetorik, in gewisser Hinsicht auch unser Denken haben sich gewandelt. Unsere Ignoranz und unser mörderisches Handeln haben es nie getan. Wir sind nicht und waren niemals die Guten.

XX

Zusammengestellt aus verschiedenen Quellen



Ursprünge des Rassismus

Wie ist es möglich, dass nach unzähligen Verbrechen des Kolonialismus und der Nazis, die zum großen Teil mit rassistischen Argumenten gerechtfertigt wurden, rassistische Denkweisen immer noch Unterstützung finden? Woher kommt die Einteilung der Menschen in verschiedene „Rassen“?

Im 15. Jahrhundert begannen europäische Seeleute, die Weltmeere zu befahren und nach neuen Handelswegen zu suchen. Dabei kamen sie in Kontakt mit dunkelhäutigen Menschen, die sie bis dahin nur vom Hörensagen kannten. Millionen von Schwarzen wurden von den Entdeckern und Eroberern versklavt. Die Rechtfertigung der Sklaverei machte keine Probleme. In der Feudalgesellschaft hatte jeder Mensch seinen Platz, in den er oder sie hineingeboren wurde. Wenn das Kind einer Bäuerin von Geburt an zur Leibeigenschaft bestimmt war, warum dann nicht

Schwarze ebenso zur Sklaverei?

Die Erfindung der "Rassen"



Eine „Rassentheorie“, eine „wissenschaftliche“ Einteilung der Menschen gab es im Feudalismus nicht. Die „gottgegebene“ Ordnung war Rechtfertigung genug für die Ausplünderung und Versklavung anderer Völker. Aber die Feudalgesellschaft stieß immer mehr mit den Interessen des aufkommenden Kapitalismus zusammen. Kapitalisten gründeten Manufakturen und Fabriken, in denen eine große Zahl von Lohnabhängigen, von ProletarierInnen, arbeitete. Damit sich die kapitalistische Wirtschaft überhaupt entwickeln konnte. Musste die übrige Welt ausgeplündert werden. Die märchenhaften Reichtümer Indiens, das Gold der Inka, die riesigen Profite aus dem Sklavenhandel waren das Fundament, auf dem die Fabriken errichtet wurden. Die Baumwolle, auf der die Textilindustrie beruhte, wurde von schwarzen Sklaven gepflückt. Die Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise und mit ihr die enorme Weiterentwicklung der Naturwissenschaften führten zum Entstehen des Rassismus als geschlossenes Weltbild.

Es klingt seltsam, dass ausgerechnet das Zeitalter der Aufklärung, eine Epoche großen Fortschritts für die Menschheit, den systematischen Rassismus hervorgebracht hat. Doch in dieser Zeit wurden die Naturwissenschaften systematisiert. Elemente, Pflanzen, Tiere und der Mensch wurden erfasst, in Kategorien eingeteilt. Die Wissenschaft drückte die Interessen der Kapitalisten aus wie vorher die Kirche die der Feudalherren. Statt der Rechtfertigung durch Gottes Gnaden wurde die soziale Ungleichheit mit der „wissenschaftlichen Analyse“ von den angeborenen Unterschieden begründet. Sowohl die Situation der arbeitenden Klasse als auch der Kolonialismus und Imperialismus gegenüber Asien, Afrika und Lateinamerika wurden damit gerechtfertigt.

Politischer Nutzen

Die Einteilungen in „Rassen“ waren alle willkürlich. Die Einteilung der Menschen gemäß ihrer Hautfarbe ist genauso sinnvoll wie die gemäß ihrer Körpergröße oder Ohrform. Die Menschen, gleich welcher Herkunft, haben gleiche Fähigkeiten wie Sinneswahrnehmungen, Sprache

Denkvermögen. Eine klare Abgrenzung verschiedener Gruppen ist unmöglich. Immer wieder in der Geschichte kam es zu Völkerwanderungen und Kriegszügen. Staaten und Völker entstanden als Überschichtungs- und Überlagerungsgesellschaften. Die Nutzung der „Rassenkunde“ wurde durch die politischen und wirtschaftlichen Interessen bestimmt. Die Menschen in China und Japan, die jahrhundertlang als hell wie die Europäer gegolten hatten, wurden um 1800 immer häufiger für gelb erklärt – Ostasien war als Kolonialgebiet interessant geworden. Ein großer Teil der „Rassentheorien“ wurde von aktiven Kolonialisten verfasst. Je nach politischer Konjunktur zerfielen auch „die Weißen“ in verschiedene Rassen. Bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs passten deutsche Autoren die Rassen der Kriegskoalition an. Die mit dem Reich verbündeten Tschechen, Kroaten oder Polen wurden zu „lateinischen Slawen“ dafür wurden die gegnerischen Russen zu Mongolen und die Engländer zu Kelten „umgerast“.

Sozialdarwinismus

Die Evolutionstheorien Charles Darwins waren eine wichtige Weiterentwicklung der Naturwissenschaften. Darwin bewies die Entstehung und Veränderung der Arten, beschrieb die Naturgeschichte als Prozess und widerlegte damit die kirchliche Schöpfungsgeschichte. Seine Ideen wurden von den Theoretikern des Imperialismus zum Sozialdarwinismus verändert und benutzt, um Unterdrückung und Ausbeutung zu rechtfertigen. Darwins Ausspruch vom „survival of the fittest“ (= Überleben der am besten an die Umweltverhältnisse Angepassten), mit dem er die Auswahlprozesse in der Natur beschrieb, wurde zum „Recht des Stärkeren“ umgedeutet. Die Sozialdarwinisten behaupteten, es ginge um einen Kampf der „menschlichen Rassen“ gegeneinander. So stellten sie den Kolonialismus der technisch überlegenen Europäer als „naturegegeben“ dar.

Antisemitismus

Bis zum 1. Weltkrieg wurde die Welt zwischen den imperialistischen Mächten aufgeteilt. Der regierungsamtliche Rassismus konzentrierte sich auf die Begründung der „Minderwertigkeit der farbigen Rassen“. Doch schon ab 1750 entstanden die ersten Theorien vom Ariertum. Sie behaupteten, die nordischen, germanischen Völker seien höherstehende, „unvermischte Rassen“. Dieser Mythos von den Germanen als reine Nachkommen der Hochkulturen Indiens (Indogermanen) war blödsinnig, wurde aber weiterentwickelt. Erst vom Franzosen Gobineau, dann vom antisemitisch geprägten Kreis um Richard Wagner. Schließlich wurde der Wahn vom Ariertum mit der Lehre der Minderwertigkeit der Juden und der Schwarzen von Wagners Schwiegersohn Chamberlain (1855-1927) systematisiert. Dessen „Erkenntnisse“ bildeten die Grundlage für Hitlers „Mein Kampf“.

Niedergang des Kapitalismus

Diese anfänglichen irren Randerscheinungen der Rassenlehre hatten in der Krisenepoche des Kapitalismus grausige Konsequenzen. Rassismus und Nationalismus wurden weiterhin von den Herrschenden eingesetzt. Doch es gab weniger zu verteilen in der Welt. Rassismus war weniger Rechtfertigung der kolonialen Ausbeutung, er wurde innerhalb der Länder zur Aufspaltung der Bevölkerung eingesetzt um Sündenböcke zu finden. Die Krise der zwanziger und dreißiger Jahre zerriß die Mittelschichten der Gesellschaft zwischen den großen Konzernen und dem Proletariat. Bauern, Handwerker, Händler, Beamte und Angestellte wurden ruiniert, das Abrutschen in die verarmte Arbeiterschaft drohte. Auch das kleinbürgerliche Wertesystem ging kaputt, diese Schicht wurde in allen Bereichen überflüssig. Nach politischen Niederlagen der Arbeiterbewegung liefen Massen des Kleinbürgertums zu den vom Großkapital finanzierten Nazis über. Sie suchten ideologisch ihr Heil im Leugnen der Gegenwart: „Auf der Ebene der Politik ist Rassismus eine aufgeblasene Abart des Chauvinismus, gepaart mit Schädellehre. Wie herabgekommener Adel Trost findet in der alten Abkunft seines Blutes, so besäuft sich das Kleinbürgertum am Märchen von den besonderen Vorzügen seiner Rasse.“

Der bis zur grausigen Konsequenz getriebene Rassismus der deutschen Nazis war zusammen mit

dem enormen Hunger der Konzerne nach billigen Arbeitskräften und Land die Grundlage für das am besten geplante und umfassendste Verbrechen der Menschheitsgeschichte, die Vernichtung von Millionen Menschen im Krieg und in den Konzentrationslagern. Nach dem Krieg gab es in Westeuropa, vor allem in der BRD, kein Bedürfnis nach „neuem Lebensraum“ mehr, sondern Arbeitskräftemangel. Millionen ArbeiterInnen von der Türkei bis Portugal wurden nach Deutschland geholt.

Der „neue“ Rassismus

Mitte der Siebziger Jahre endete die Aufschwungsepoche nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Kapitalisten begannen, die Zahl der Lohnabhängigen ohne deutschen Pass abzubauen. Bis dahin waren die Wanderungsbewegungen vor allem durch das Bedürfnis des Kapitals bestimmt worden. In den letzten zwanzig Jahren hat der Kapitalismus in seinen Zentren keine große Nachfrage nach Arbeitskräften mehr. Dafür zerstört er an seinen Rändern in der „Dritten Welt“ und jetzt auch in Osteuropa immer rücksichtsloser die alte Sozialstruktur, ohne etwas Neues an ihrer Stelle zu bauen. Damit zwingt er Menschen zur Auswanderung, die dann bei uns als „Wirtschaftsflüchtlinge“ beschimpft werden. Um diese Menschen fernzuhalten und uns Eingeborene von der Krise abzulenken, wird der Rassismus wieder aufpoliert. Die brutale Variante, andere „Rassen“ für minderwertig zu erklären oder ihnen das Menschsein abzusprechen, hat seit dem Holocaust keine breite Grundlage in der Gesellschaft. Doch solange es nicht darum geht, andere Länder zu unterwerfen, müssen die anderen „Rassen“ nicht für minderwertig erklärt werden. Es reicht zu behaupten, sie seien halt anders und es sei nicht gut, wenn sich verschiedene Kulturen oder Rassen vermischen.

Als Konsequenz verkünden sie: „Afrika den Afrikanern, die Türkei den Türken. Deutschland den Deutschen.“

Auch der „aufgeklärte“ Rassismus ist nichts als die Aufforderung zu blutigen Pogromen. Dieser „neue Rassismus“ ist auch nicht neu. Begründet ist er genauso wenig. Die Kultur eines Menschen ist nichts Angeborenes. Auch innerhalb eines Volkes gibt es keine einheitliche Kultur. Die verschiedenen Klassen, Geschlechter oder Altersgruppen haben verschiedene Kulturen. Wer spricht dieselbe Sprache, hört dieselbe Musik, sieht die gleichen Fernsehsendungen und Filme, zieht sich genauso an wie seine Eltern? Auch ohne „AusländerInnen“ hätten wir eine „multikulturelle Gesellschaft“. Wem das nicht passt, will im Endeffekt auch „deutschen“ Jugendlichen und ArbeiterInnen vorschreiben, wie sie zu leben haben.

Rassismus ist gegen alle Menschen gerichtet, egal ob sie einen deutschen Pass haben oder nicht.

Spaltung

Warum fallen trotzdem Menschen darauf herein? Der Kapitalismus gibt dem Rassismus ständig neue Nahrung. Er beruht auf dem Widerspruch, dass die Menschen auf dem Papier gleichberechtigt sind, aber es trotzdem Reiche und Arme, Mächtige und Machtlose gibt. Die bürgerliche Auffassung führt die gesellschaftlichen Unterschiede auf angeborene Intelligenz, Fleiß und andere Charaktereigenschaften zurück.

Um diese Vorurteile zu untermauern, wird bis heute großer „wissenschaftlicher“ Aufwand getrieben. Der Genetiker Cyril Burt ist dafür von der englischen Königin sogar geadelt worden. Allzu fleißig war er aber nicht: die Zahlen, mit denen er seine Theorien bewies, hat er einfach erfunden. Eine Variante dieses Märchens von den angeborenen Unterschieden der Menschen sind eben die „angeborenen Rassenunterschiede“. Sie sind wunderbar geeignet, um die ArbeiterInnen zu spalten. Die arbeitende Mehrheit wird aufgesplittet bezüglich Ausbildung, Bezahlung, Arbeitsbedingungen oder Arbeitsplatzsicherheit. Vorurteile werden verbreitet, um den Blick auf die wirklichen Ursachen der Krisen zu verstellen. „Die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft

ist bedroht, wir können uns Flüchtlinge, die uns nur Geld kosten, nicht leisten. 'Gastarbeiter' sind öfter krank, nicht so fleißig und gewissenhaft usw."

Solange eine auf Ausbeutung und Unterdrückung beruhende Gesellschaft existiert, wird auch der Rassismus ein wichtiger Bestandteil sein, um die Zustände zu rechtfertigen und die Wirklichkeit zu verhüllen.

„Kapitalismus ohne Rassismus ist nicht möglich:“ (Malcolm X)

Zusammenhänge zwischen sozialen Problemen und Rassismus – Rassismus ist nicht die natürliche Reaktion auf wirtschaftliche Krisen

Für Antifaschisten stellen sich viele Fragen über Ursachen und Wirkungen von Rassismus und Faschismus. Die bürgerlichen Politiker und die Medien versuchen, die Ursachen zu vertuschen. Erst einmal wird verschwiegen, heruntergespielt. Wenn sich das nicht mehr durchhalten lässt, werden die „Einzeltäter“ entdeckt. Diese Jungnazis werden oft als Opfer dargestellt. Auch kritische GesellschaftswissenschaftlerInnen beschreiben den Hass auf alles Fremde als natürliche Reaktion der „einfachen Leute“ auf die Wirtschaftskrise. Wir wollen im folgenden Text auf einige Fragen eingehen, die oft auftauchen.

Ist Rassismus das natürliche Ergebnis sozialer Probleme wie Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Armut?

Nein. Probleme führen nicht automatisch zu Rassismus. Die „natürliche Reaktion“ ist, dass sich Menschen mit Problemen gegen die Ursachen ihrer Probleme wenden. Immer wieder haben Arbeiter gegen ihre Unternehmer für bessere Arbeitsbedingungen gestreikt. Heute organisieren sich in der BRD Millionen von Menschen in den Gewerkschaften, Hunderttausende sind in Initiativen organisiert, um die Ursachen ihrer Probleme – sei es Wohnungsnot oder Umweltverschmutzung – anzugehen.

Soziale Probleme bieten aber den Herrschenden die Möglichkeit, durch Rassismus Sündenböcke zu schaffen und damit von den Ursachen abzulenken. Sie sind umso erfolgreicher, je weniger der Spaltungsstrategie politische Alternativen entgegengesetzt werden. Die Kohl-Regierung hat die Flüchtlinge zu Sündenböcken gemacht. Seit 1982 läuft, mal mehr, mal weniger intensiv, die „Asylbetrüger“-Kampagne. Die SPD hat dem nichts entgegengesetzt. Sie ist eingeknickt und hat die Propaganda mitgemacht. Auch die Gewerkschaften haben nur mit lauwarmer Worten protestiert. SPD und Gewerkschaften haben auch darauf verzichtet entschieden gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau zu kämpfen und unterstützen die „Gürtel-enger-schnallen“ Aufrufe – die Gewerkschaften zaghaft, die SPD-Spitze mit vollem Schwung. Die ArbeiterInnen, die von Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und sozialem Abstieg bedroht sind, sehen keine Perspektive. Auf dieser Grundlage können rassistische Ideen sich auch unter ArbeiterInnen verbreiten. „Wenn man schon nicht gegen die Bonzen ankommen kann, dann sollen wenigstens die Flüchtlinge raus, die uns auf der Tasche liegen“ denken viele. Doch nicht die sozialen Probleme an sich, sondern bewusste politische Strategien verschaffen dem Rassismus massenhafte Unterstützung

Aber lehnen wir nicht alle erst einmal "das Fremde" ab und haben somit eine rassistische Grundeinstellung?

Menschen werden durch die Gesellschaft, in der sie aufwachsen und leben, geprägt. Die herrschenden Ideen sind immer die der herrschenden Klasse. Das bedeutet, dass uns von Kindesbeinen an Dinge tief eingebrannt werden, die wir nur in einem langen Bewusstseinsprozess ablegen können – und selbst dann oft nicht völlig. Ein Beispiel hierfür sind die unterschiedlichen Geschlechterrollen, die wir anerzogen bekommen. Selbst bei Männern, die bewusst antisexistisch sind, wird man feststellen, dass sie nicht alle sexistischen Vorurteile und Verhaltensweisen ablegen können.

Ähnlich verhält es sich mit der Frage, ob Rassismus zur Grundeinstellung von Menschen gehört.

Die kapitalistische Gesellschaft und ihre Ideologie, von der wir geprägt sind, beinhalten Nationalismus und Rassismus. Wir sollen uns als Deutsche sehen und nicht als ArbeiterInnen in einer Klassengesellschaft. Wir sollen mehr Verbundenheit mit deutschen Kapitalisten entwickeln, als mit den ArbeiterInnen anderer Länder. Andererseits erkennen die Arbeiter verschiedener Nationalität im Kampf ihre gemeinsamen Interessen. Die anerzogenen Vorurteile werden so durch die eigene Erfahrung überwunden. Sozialisten stellen der rassistischen Ideologie eine internationalistische entgegen.

Für den politischen Kampf ist beides wichtig: Nicht zu vergessen, dass auch klassenbewusste Arbeiter nicht frei von rassistischen Verhaltensweisen und Ideen sind – aber auch den Hauptgegner in dem gezielten Rassismus der Herrschenden zu sehen und diesen zu bekämpfen.

Was ist der Unterschied zwischen Rassismus und Faschismus?

Rassismus und Faschismus werden oft in einem Atemzug genannt. Es gibt Rassismus ohne Faschismus. Rassismus ist die Ungleichbehandlung von Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe oder anderer körperlicher Merkmale bzw. ihrer Abstammung. In Deutschland wird die Ungleichbehandlung von hier geborenen aber nicht von Deutschen abstammenden Menschen in Ausländergesetzen festgeschrieben, die sogenannte AusländerInnen zu Menschen zweiter Klasse machen. Insofern ist die BRD ein rassistischer Staat. **Ein faschistischer Staat ist Deutschland nicht.**

Der Faschismus ist eine extreme Herrschaftsform in der kapitalistischen Gesellschaft. Der Faschismus kommt dann zum Zuge, wenn die anderen Herrschaftsformen nicht mehr funktionieren und die Kapitalisten Angst vor einer sozialen Revolution haben müssen. Ziel des Faschismus ist die Beseitigung aller demokratischen Rechte und die Zerschlagung der Organisationen der Arbeiterbewegung.

Der Faschismus benutzt unterschiedliche ideologische Mittel, um sich eine Unterstützung in breiteren Teilen der Bevölkerung aufzubauen. Eines dieser Mittel ist der Rassismus, im Falle der NSDAP ganz speziell der Antisemitismus. Die Faschisten heute hetzen gegen Asylbewerber und „Ausländer“. Mussolini verbreitete in Italien einen aggressiven Nationalismus. Die Faschisten in Schottland versuchen eine Spaltung entlang religiöser Linien zu erreichen.

Würde es ausreichen, Wohnungen und Arbeitsplätze für alle zu schaffen, um dem Rassismus den Boden zu entziehen?

Wenn es Wohnungen und Arbeit für alle gäbe, wäre dem Rassismus viel von dem Boden, auf dem er gedeihen kann, genommen. Aber das Grundproblem wäre damit noch nicht gelöst. Trotz Vollbeschäftigung und wachsendem Lebensstandard gab es in der Nachkriegszeit Rassismus. In den USA war der Rassismus ein Hauptpfeiler der kapitalistischen Ordnung. Hier gab es Rassentrennung trotz der Boom-Zeiten in den 50er und 60er Jahren. Die Feststellung des amerikanischen Schwarzenführers Malcolm X, dass es keinen Kapitalismus ohne Rassismus geben kann, stammt aus den 60er Jahren.

Die Krise der kapitalistischen Gesellschaft führt dazu, dass die Herrschenden die rassistische Karte ziehen und ausspielen. Doch vorhanden ist Diskriminierung in jeder Gesellschaft, die auf Ausbeutung beruht, auch wenn sie in ruhigeren Zeiten nicht im Vordergrund steht.

Wie können Rassismus und Faschismus abgeschafft werden?

Wenn die ArbeiterInnen den Kampf gegen die wirklichen Verursacher sozialer Probleme führen, wird der Sündenbockpolitik der Herrschenden der Boden entzogen. Wie in der Antwort auf die erste Frage erklärt wurde, ist in breiten Schichten der arbeitenden Bevölkerung das Bewusstsein vorhanden, dass man eigentlich gegen „die da oben“ vorgehen muss. Gleichzeitig gibt es die rassistischen Vorurteile, die zurückgedrängt werden, wenn sich Kämpfe entwickeln. In solchen Auseinandersetzungen erfahren ArbeiterInnen, dass sie wie ihre ausländischen KollegInnen einen gemeinsamen Gegner in Gestalt der Kapitalisten bzw. der Regierung haben.

Diese Entwicklung muss jedoch durch eine bewusste antirassistische Politik der Arbeiterbewegung unterstützt werden. Und vor allem müssen die faschistischen und rassistischen Organisationen, die uns bedrohen, direkt bekämpft und zurückgeschlagen werden.

Solche Kämpfe können jedoch Rassismus und Faschismus nur zeitweilig zurückdrängen. Nur eine erfolgreiche sozialistische Revolution und der Aufbau einer Gesellschaft, die nicht mehr am Profit für wenige, sondern an den Bedürfnissen aller orientiert ist, kann diese Übel endgültig beseitigen. Nur wenn die Macht demokratisch von der arbeitenden Bevölkerung ausgeübt wird, gibt es kein Interesse mehr, eben diese arbeitende Bevölkerung zu spalten. Nur wenn alle Menschen eine Zukunftsperspektive haben, wird es unmöglich, Ängste zu schüren bzw. auszunutzen und Sündenböcke zu schaffen.

Würde in einer sozialistischen Demokratie der Rassismus also automatisch verschwinden?

Nein. Eine sozialistische Demokratie würde die wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen für die vollkommene Abschaffung von Rassismus und Sexismus schaffen. Das ist der wichtigste Schritt. Aber mit neuen Wirtschafts- und Machtverhältnissen werden nicht die Vorurteile der bürgerlichen Gesellschaft auf einmal aus den Köpfen verschwinden. Ein bewusster Kampf gegen Vorurteile wäre auch in einer sozialistischen Gesellschaft nötig.

**„Weil keiner seinesgleichen ausplündern, unterjochen und töten kann, ohne ein Verbrechen zu begehen erheben sie es zum Prinzip, dass der Kolonisierte kein Mensch ist.“
Jean-Paul Sartre**

Rassismus und Arbeiterbewegung

Die ehemalige Arbeiterpartei SPD und die Gewerkschaften sind einmal geschaffen worden zum Kampf gegen den Kapitalismus, für die Solidarität der Arbeitenden aller Länder. Aber diese Organisationen haben schon bald ihren Frieden mit dem Kapitalismus gemacht – und sind deshalb vom rassistischen Gift infiziert worden. Schon 1907 hat die sozialdemokratische Sozialistische Internationale nur noch mit knapper Mehrheit eine prinzipielle Ablehnung des Kolonialismus beschlossen. Der Theoretiker des rechten SPD-Flügels Bernstein (der von der SPD-Führung längst rechts überholt wurde und den die PDS-FührerInnen heute für sich entdecken) plädierte für eine „sozialistische Kolonialpolitik“: „Eine gewisse Vormundschaft der Kulturvölker gegenüber Nichtkulturvölkern ist eine Notwendigkeit“. 1914 ging die mit dem Kolonial-Rassismus gesäte Saat des Opportunismus und Nationalismus auf. Die internationale Sozialdemokratie stimmte dem Gemetzel des Ersten Weltkriegs zu. Von 1914 bis zur Asylrechtsänderung und Schröders „kriminelle Ausländer müssen raus, aber schnell!“ ist die SPD immer wieder vor dem Rassismus in die Knie gegangen. Der Kampf gegen den Rassismus muss auch innerhalb der Arbeiterbewegung bewusst geführt werden. Mit frommen Reden von „Ausländerfreundlichkeit“ dürfen wir uns nicht von den Führern der Organisationen abspesen lassen.

Das Huhn und das Entenei

„... die Leute werden erkennen, dass es unmöglich ist für ein Huhn, ein Enten-Ei zu legen (...) Ein Huhn hat es einfach nicht innerhalb seines Systems, ein Enten-Ei zu erzeugen. Es kann nur produzieren gemäß dem, zu welcher Produktion dieses bestimmte System konstruiert worden ist. Das System in diesem Land kann nicht Freiheit für einen Afroamerikaner produzieren. Es ist unmöglich für dieses System, dieses Wirtschaftssystem, dieses politische System, dieses Gesellschaftssystem.... Und wenn jemals ein Huhn ein Enten-Ei gelegt hat, ich bin ganz sicher, ihr werdet sagen, dass das gewiss ein revolutionäres Huhn war! (...) Es ist unmöglich für eine weiße Person, an den Kapitalismus zu glauben und nicht an den Rassismus zu glauben. Ihr

<http://www.taz.de/!5210596/>

Institutioneller Rassismus in Deutschland

Augen zu, Ohren zu

Rassismus gibt es nicht in deutschen Behörden, versichert die Bundesregierung. Alles bloß Ausnahmen und Fehlwahrnehmung der Betroffenen.



Rassismus gibt's bei denen auf keinen Fall, sagt die Bundesregierung. Foto: dpa

BERLIN *taz* | Wenn schwarze Menschen feststellen, dass immer sie und nicht die anderen von der Polizei kontrolliert werden, ist das ihre subjektive Wahrnehmung. Wenn Migranten in Behörden gedemütigt werden, ist das eine Ausnahme. Und der NSU-Komplex ist eine dramatische Verstrickung von Zufällen. So sieht es die Bundesregierung, oder so würde sie es gern sehen.

<https://www.proasyl.de/news/rassismus-bei-der-bundespolizei-nichts-hoeren-nichts-sehen-nichts-sagen/>

Rassismus bei der Bundespolizei: Nichts hören, nichts sehen, nichts sagen

Rassismus- und Misshandlungsskandal bei der Bundespolizei: Neben grundlegenden Studien über rassistische Einstellungen innerhalb der Polizei, bedarf es der Einrichtung unabhängiger Beschwerdestellen, verbesserten Rechtsschutzmöglichkeiten und einer stärker menschenrechtsorientierten Ausbildung.

Nachdem bereits Mitte Mai Misshandlungen von Flüchtlingen öffentlich wurden, geraten nun weitere Bundespolizisten aus Hannover unter Rassismusverdacht. Unabhängige Kontrollen und Studien über rassistische Einstellungen bei Polizisten sind jedoch unerwünscht.

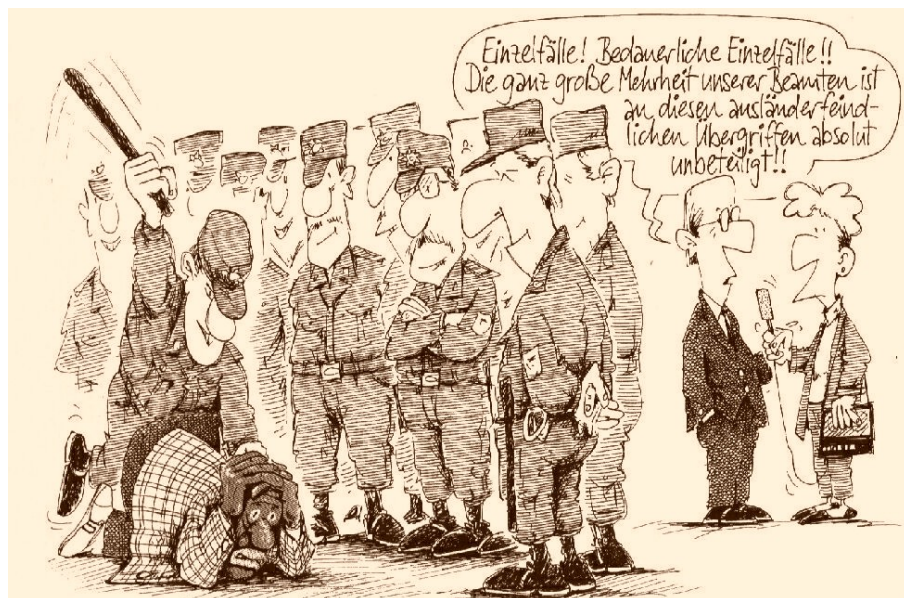
Der [Norddeutsche Rundfunk berichtet heute](#) von rassistischen Kommentaren und Gewaltaufrufen, die Bundespolizisten aus der Direktion Hannover über die Social-Media-Plattform Facebook

Beschlossen: 100.000 Flüchtlinge werden für 1 Euro die Stunde den Wald fegen und Papierflieger basteln

Ja phantastisch. Genau davon haben die Flüchtlinge geträumt. Sie kommen nach Deutschland und erhalten schnell Arbeit. Dieser Traum wird jetzt Wirklichkeit, zumindest auf den aller-aller allerersten Blick. Schon während der Asylantrag noch läuft, kann ein Flüchtling ab 1. August sich zusätzlich zu seinen Leistungsansprüchen über die legendären 1 Euro Jobs etwas dazu verdienen: 80 Cent die Stunde!

Asylbewerberleistungen können gekürzt werden, wenn Asylbewerber Arbeitsgelegenheiten oder Integrationskurse ohne wichtigen Grund ablehnen oder abbrechen.

XX





Rückblick

ta2
8.10.87

Vor dem Hintergrund der Rühepapiere wird auch klar, wieso die CDU/CSU-Spitzenpolitiker während ihrer Klausururteilung am Wochenende so rüde über Bundespräsident von Weizsäcker hergefallen sind. Weizsäcker hatte am Freitag anläßlich seines Besuches von Flüchtlingssheimen darauf hingewiesen, daß eine Verfassungsänderung nicht zur Lösung des Flüchtlingsproblem beitragen und die Zuwanderung nicht aufhalten könne. Das genaue Gegenteil behauptet Rühle in seinen Papieren an die Fraktionsvorsitzenden. Für die CDU sei die Grundgesetzänderung „unerlässlich“. Genau darauf fußt die Kampagne.

RF 7.11.92

● Wie mit der erstmaligen Androhung des »Staatsnotstands« durch einen Bundeskanzler mitten in der Wirtschaftskrise eine psychologische Vorbereitung auf die Anwendung von Notstandsgesetzen betrieben wird. Frank Berger

[illegible]



**Nein heißt Nein -
oder Ja?**



**Was soll das ???
????????????????????????????
Nein Nein oder Ja**

XX



mrg herbert